++++++++++++++++++++++++ **zur sofortigen Veröffentlichung freigegeben** ++++++++++++++++++++++++++++

PRESSEMITTEILUNG DES AK-VORRAT HANNOVER VOM 19.8.2009

Das LKA Niedersachsen will mehr Überwachung – Der AK-Vorrat fragt nach

In einem Zeitungsbericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 15. August 2009 [1] spricht sich der Direktor des niedersächsischen Landeskriminalamt Uwe Kolmey für mehr polizeiliche Überwachung aus.

Die hannoversche Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (kurz: AK-Vorrat Hannover) bewertet diese Absichten als sehr bedenklich und hakt in einem offenen Brief an das LKA [2] nach.

Herr Kolmey fordert u.a. die Wiedereinführung der präventiven Überwachung von Telefongesprächen - also einer Telefon-Überwachung von Bürgern selbst dann, wenn diese gar keine nachgewiesene strafbare Handlung begangen haben.

Der Leiter des niedersächsischen LKA wünscht sich diese Überwachungsmaßnahme, obwohl das Bundesverfassungsgericht erst in 2005 ein entsprechendes niedersächsisches Gesetz als „unvereinbar mit dem Artikel 10 des Grundgesetzes“ und damit als „nichtig“ erklärt hat [3].

Sämtliche Prozesskosten musste damals das Land Niedersachsen tragen.

Der AK-Vorrat Hannover wendet sich nun in einem kritischen offenen Brief mit acht Fragen an das LKA und hofft auf gehaltvolle Antworten. Erst anschließend soll eine endgültige Bewertung der Aussagen von Herrn Kolmey erfolgen.

„Aber eins steht schon jetzt fest.“, sagt Michael Ebeling von der Bürgerrechtsbewegung, „Der bisherige traurige Trend zu mehr Videoüberwachung, Kontrollwahn und die massenhafte Vorverdächtigung unschuldiger Bürger scheint – durch das CDU-geführte Innenminiserium unter Herrn Schünemann vorangetrieben – hier in Niedersachsen ungebrochen zu sein. Im Umgang mit den Wählern im allgemeinen und kritischen Bürgern im speziellen spüre ich bei den Behörden und gewählten Politikern immer wieder ein tief sitzendes Misstrauen. Das ist doch sehr schade und wenig konstruktiv. Auch deswegen gehen wir im September auf wieder auf die Straße.“

Aus Sorge vor - trotz inzwischen breiter Kritik - immer weiter ausufernder staatlicher und privater Überwachungsmaßnahmen organisiert der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung auch dieses Jahr wieder die Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ am 12. September in Berlin. Unterstützt wird der AK-Vorrat dabei von einem breiten Bündnis aus Bürger- und Menschenrechtsbewegungen, Aktivisten, Parteien und Gewerkschaften.
Weitere Informationen finden sich unter: www.freiheitstattangst.de

[1] http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/LKA-will-mehr-Ueberwachung
[2] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20090819_Offener_Brief_LKA-Nds.pdf
[3] http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20050727_1bvr066804.html

Pressekontakt:

Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover

Telefon: (01577) 3919170
E-Mail: hannover@vorratsdatenspeicherung.de

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von verschiedenen Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie unabhängigen Bürgern.
Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligen:

http://www.vorratsdatenspeicherung.de

In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz und Bürgerrechte – meistens mit dann regionalem Bezug.
Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK-Vorrat finden Sie unter:

http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover